



Foto: www.fotolia.de, ©Martina Topf

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Das Scheitern der WTO-Verhandlungen

von Arne Heise



» Noch vor Ende des 2. Weltkrieges wurden die Weichen für eine weltweite Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit gestellt: Nach anglo-amerikanischen Plänen wurden die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet, die die bis heute gültigen Weltwährungsinstitutionen bildeten. Das ebenfalls beschlossene, feste Wechselkurssystem – das so genannte Bretton-Woods-System – hingegen ist bereits 1973 in der ersten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegszeit zerbrochen und die geplante International Trade Organisation (ITO) wurde in der geplanten Form nie realisiert. Stattdessen wurden in mehreren multilateralen Verhandlungsrunden – den ‚General Agreements on Trade and Tariffs‘ (GATT) – allmählich die kriegsbedingt weitgehend abgeschotteten nationalen Binnenmärkte zunehmend geöffnet und die hohen Zölle und nicht-tarifären Hemmnisse auf fast alle Industrie- und Agrarprodukte gesenkt. Hinter der Liberalisierung des (westlichen) Welthandels steckte zunächst keine ideologische Ausrichtung, sondern die gerade aus Sicht der kriegsgeschädigten europäischen Volkswirtschaften unbedingte Notwendigkeit, nach anfänglichen Kapitalimporten aufnahmefähige und – vor allem – aufnahmewillige Absatzmärkte zu erlangen.

» Nach Abschluss der letzten GATT-Runde („Uruguay-Runde“) im Jahre 1994 wurde dann 1995 doch noch eine Institutionalisierung des Welthandels in Form der World Trade Organisation (WTO) auf den Weg gebracht, die nun mittels multilateraler Übereinkünfte eine weitere Öffnung der Märkte für alle 153 Mitglieder versucht. Mittlerweile unterliegen diese Verhandlungen allerdings einer vehementen „Freihandels-Ideologisierung“, die gerade von Seiten der hochentwickelten OECD-Länder eine unkritische (und zu meist einseitige) Handelsliberalisierung als bestes Wachstums- und Entwicklungs(hilfe)programm verkauft. Da dies auf zunehmende Ablehnung der Entwicklungs- und Schwellenländer stieß, einigten sich die WTO-Mitgliedsländer im Jahr 2001 darauf, in der bis heute andauernden „Doha“-Verhandlungsrunde insbesondere den Erfordernissen der Entwicklungs- und Schwellenländer nachkommen zu wollen. Dies sollte einerseits die Verbesserung des Zugangs dieser Länder zu den Agrar- und Industriemärkten der OECD-Länder beinhalten, andererseits aber auch die technisch-institutionellen Voraussetzungen für verstärkte Handelsaktivitäten der Entwicklungsländer, das so genannte „Capacity Building“, betreffen. Wie sich auf den folgenden, im jährlichen Rhythmus stattfindenden Minister-treffen der Doha-Runde zeigte, war diese „Entwicklungsperspektive“ nur ein „Zuckerl“, um die Entwicklungsländer wieder an den Verhandlungstisch zu bekommen. Tatsächlich wollten die OECD-Länder die Themenagenda ständig um für sie wichtigere Themen – z.B. den Handel mit geistigem Eigentum und Dienstleistungen – erweitern. Einschließlich

des letzten Ministertreffens in Genf Ende Juli 2008 sind all diese Verhandlungsrunden gescheitert, ein Wiederaufnahmetermin der Gespräche ist gegenwärtig noch unklar, erscheint aber angesichts von Wahlen in wichtigen Verhandlungsländern – USA auf OECD-Seite und Indien auf Seite der Entwicklungs- bzw. Schwellenländer – kaum vor 2010 Erfolg zu versprechen.

» Um die Dynamik der Doha-Runde besser verstehen zu können, wollen wir einen Blick auf das Scheitern des Ministertreffens in Genf werfen: Der indische Handelsminister, als Vertreter der Interessen der Entwicklungsländer, die endlich geschlossen und aufgrund der Marktgröße von Ländern wie China und Indien auch mit einigem politischen Gewicht auftreten, wollte einer Öffnung der Agrarmärkte nur zustimmen, wenn eine „Notfall-Klausel“ eine Erhöhung der Importzölle für den Fall zuließ, dass die Importquote einen bestimmten Grenzwert erreichte. Damit sollten die vielen, häufig kleinen landwirtschaftlichen Produzenten in den Entwicklungs- und Schwellenländern vor einer Überflutung mit Agrarprodukten aus den OECD-Ländern geschützt werden – vor dem Hintergrund der immer noch großen Bedeutung des Agrarsektors in den Entwicklungsländern sicher eine ökonomisch nachvollziehbare Begründung. Politisch kann es sich keine indische Regierung leisten, in Vorwahlzeiten die Interessen der heimischen Bauern zu ignorieren. Die US-amerikanische Handelsministerin – als Vertreterin des reichsten und höchstentwickelten OECD-Staates – wollte dieser Bedingung nicht zustimmen, und auch Frankreich, als gegenwärtige Ratsvorsitzende der EU, versuchte, einen entsprechenden Kompromiss zu verhindern! Die mächtige Farmlobby in den USA machte offenbar Druck.

» Sicher ist das Scheitern der Verhandlungen unter den gegenwärtigen Bedingungen besser als ein fauler Kompromiss, der letztlich wieder nur den Agrar- und Industrieinteressen der entwickelten Länder gedient hätte. Immerhin war die Doha-Runde mit dem ausdrücklichen Fokus

auf eine Verbesserung der Handelsbedingungen der Entwicklungs- und Schwellenländer gestartet. Dieser Blickwinkel ist dann allerdings schnell verändert worden, was zu Recht auf den Widerstand der Entwicklungsländer trifft. Die reichen OECD-Länder müssen begreifen, dass die Lehrbuchweisheit vom allgemeinen Vorteil eines liberalisierten Handels so nicht aufrechtzuerhalten ist und letztlich auch sie nur Absatzmärkte vorfinden und erhalten können, wenn den Entwicklungs- und Schwellenländern ermöglicht wird, ihre Agrarwirtschaft konkurrenzfähig zu erhalten und eine eigenständige Industrialisierung voranzutreiben. Ob allerdings der Jubel von ATTAC über das Scheitern der Gespräche in Genf geteilt werden sollte, bleibt zweifelhaft. Sicher ist, dass gerade auch die Entwicklungs- und Schwellenländer von Handelsblockaden in OECD-Ländern nicht profitieren werden und auch die bereits ausgehandelten technisch-institutionellen Hilfen für die Entwicklungsländer so lange auf Eis gelegt werden, bis es zu einem Gesamtpaket kommt. Selbstverständlich hört das Ringen um offenere Märkte ja nun nicht auf, nur weil die Doha-Runde abermals ins Stocken geraten ist. Vielmehr werden zunehmend bilaterale Absprachen, z.B. zwischen der EU und einzelnen Entwicklungsländern oder Ländergruppen, in den Vordergrund treten. Und ob die Verhandlungsmacht der einzelnen Entwicklungsländer hierbei größer ist als im Rahmen der umfassenden WTO-Gespräche, muss doch sehr bezweifelt werden. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.